

Autor	Beitrag
<p>bandick 26.02.2011 08:33</p>	<p>ist euch eigentlich aufgefallen, dass bei politischen zusammenhängen mit dem glücksspielwesen in den letzten wochen immer nur eine einzige partei in erscheinung getreten ist? es war immer nur die fdp. die fdp minden-lübecke stellt eine anfrage zum spielerchutz im landtag, drogenbeauftragte mechthild dyckmans will spielautomaten in kneipen verbieten, die fdp stellt ein spielhallen-konzept für die hauptstadt vor. ist das zufall oder warum besteht seitens der fdp in dieser hinsicht so ein großes engagement? warum treten andere parteien nicht in erscheinung? gibt es dafür eine sinnvolle erklärung?</p>
<p>Meike 26.02.2011 12:19</p>	<p>Das ist Interesse der FDP ist wirklich sehr vielfältig</p> <p>Bsp.:</p> <p>https://www.ebundesanzeiger.de/ebanzwww/wexsservlet?session.sessionid=c5699e86555fec003ace8a52235c16c2&page.navid=detailsearchlisttodetailsearchdetail&fts_search_list.selected=264d04665601216e&fts_search_list.destHistoryId=80593</p> <p>Piper Generalvertretung Deutschland AG</p> <p>Der Aufsichtsrat schlägt vor, als Vertreter der Aktionäre bis zur Beendigung der ordentlichen Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit, wobei das laufende Geschäftsjahr nicht mitgerechnet wird, beschließt, folgende Herren zu wählen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Dr. Hermann Otto Solms, Kaufmann, MdB, Lich Dr. Joachim von Harbou, ehemaliger Bankvorstand, Gießen Burkhard Schlichte, Diplom-Kaufmann, Fulda Dieter Griesel, Kaufmann i.R., Guxhagen <p>Der Aufsichtsrat schlägt weiterhin vor, gleichzeitig mit den von der Hauptversammlung zu wählenden Aufsichtsratsmitgliedern Herrn Michael Gauselmann, Unternehmer, Preding, Österreich, als Ersatzmitglied bis zur Beendigung der ordentlichen Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr</p> <p>http://www.hermann-otto-solms.de/</p>

Autor	Beitrag
<p>alfi1950 26.02.2011 12:32</p>	<p>quote----- Original von Meike Das ist Interesse der FDP ist wirklich sehr vielfältig</p> <p>Bsp.:</p> <p>https://www.ebundesanzeiger.de/ebanzwww/wexsservlet?session.sessionid=c5699e86555fec003ace8a52235c16c2&page.navid=detailsearchlisttodetailsearchdetail&fts_search_list.selected=264d04665601216e&fts_search_list.destHistoryId=80593</p> <p>Piper Generalvertretung Deutschland AG Der Aufsichtsrat schlägt vor, als Vertreter der Aktionäre bis zur Beendigung der ordentlichen Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit, wobei das laufende Geschäftsjahr nicht mitgerechnet wird, beschließt, folgende Herren zu wählen: Dr. Hermann Otto Solms, Kaufmann, MdB, Lich Dr. Joachim von Harbou, ehemaliger Bankvorstand, Gießen Burkhard Schlichte, Diplom-Kaufmann, Fulda Dieter Griesel, Kaufmann i.R., Guxhagen Der Aufsichtsrat schlägt weiterhin vor, gleichzeitig mit den von der Hauptversammlung zu wählenden Aufsichtsratsmitgliedern Herrn Michael Gauselmann, Unternehmer, Preding, Österreich, als Ersatzmitglied bis zur Beendigung der ordentlichen Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr</p> <p>http://www.hermann-otto-solms.de/</p> <p>-----</p> <p>Alles nur Zufall! 8o</p> <p>Hermann Otto Solms, eigentlich: Hermann Otto Prinz zu Solms-Hohensolms-Lich</p> <p>8o http://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Otto_Solms</p> <p>ZITAT: Jackpot für Lobbyisten</p> <p>Wie die PR-Arbeit aussehen kann, ließ sich vorvergangene Woche in der Kantine des Bundestags beobachten. Die Automatenindustrie verwandelte den Saal im Jakob-Kaiser-Haus in ein Skatturnier für Politiker, Funktionäre und Journalisten. Der Schirmherr, Bundestagsvizepräsident Hermann Otto Solms, war gut gewählt: Der FDP-Bundesschatzmeister besaß einst selbst ein Unternehmen für Spielautomaten.</p> <p>Der Geschäftsführer des Ausrichters, Dirk Lamprecht, versicherte, das Turnier sei keine Lobbyveranstaltung "im eigentlichen Sinne". Doch ein Blick auf die Parteitage der vergangenen Monate zeigt, wie aktiv die Branche ist. Ob CDU, FDP oder Grüne: Überall war die Automatenindustrie mit eigenen Ständen vertreten.</p>

Autor	Beitrag
	<p>Die guten Beziehungen scheinen sich hin und wieder auszuzahlen. Eine vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Studie, die den Daddelmarkt auf seine Suchtgefahren untersucht hat, wurde lange Zeit unter Verschluss gehalten. Die Hälfte der befragten Spielhallenbesucher hatten darin offenbart, sie hätten "die Kontrolle über das Spielen verloren". Knapp ein Viertel erklärte, sich finanziell "sehr einschränken" zu müssen, weil viel Geld an den Automaten verlorengelasse.</p> <p>80 http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-75638306.html</p> <p>ENDE</p>
<p>bandick 26.02.2011 13:42</p>	<p>aber das passt doch nicht zusammen, wenn die fdp auf der einen seite sehr aktiv ist in sachen präventivmaßnahmen und glücksspielreduzierung ist und auf der anderen seite selbst mit im boot sitzt.</p> <p>es muss doch einen grund geben, dass das thema glücksspiel bei der fdp offensichtlich ganz oben auf der agenda steht, bei den anderen parteien aber offensichtlich nicht.</p>
<p>domar 28.02.2011 09:26</p>	<p>Diese Partei ist im Grunde bekannt dafür Märkte laufen zu lassen, ohne sie zu regulieren. Wer es noch nicht gemerkt hat: Diese Partei war und ist schon immer eine Partei der Besserverdienenden gewesen. Und mit viel tamm tamm und Floskeln haben sogar Geringverdiener diese Partei bei der letzten BT-Wahl gewählt, da sie was von Steuersenkung gehört haben. Das sagt einiges über das Wahlvolk aus. Viele kennen eben nicht den Unterschied zwischen Steuern, Gebühren und Abgaben. Das hat sichj diese Partei zu nutze gemacht. Denn das Wahlversprechen Steuern zu senken hat sie eingehalten: Die Steuern für Hotelieres wurde tatsächlich gesenkt.</p> <p>Meine Vermutung ist, dass hier neben Hoteliers eine andere finanzstarke Klientel bedient wird.</p> <p>Dennoch sollten wir aufpassen, dass wir hier im Forum nicht das Gewerberecht aus den Augen verlieren. Denn es wird langsam etwas zu politisch hier...</p>
<p>bandick 01.03.2011 07:36</p>	<p>hallo domar,</p> <p>quote----- Diese Partei ist im Grunde bekannt dafür Märkte laufen zu lassen, ohne sie zu regulieren. -----</p> <p>welche partei ist das nicht? das hat nichts mit besser- oder schlechterverdienenden zu tun. ich finde es nur merkwürdig, dass die fdp das thema gerade auf allen seiten das automatenglücksspiel auf der agenda hat - wenn sie es auch nicht immer von derselben seite aus betrachtet und gerne auch mal widersprüchlich agiert wird.</p> <p>im übrigen fürchte ich, dass in anbetracht der tatsache, dass in diesem jahr in 7 bundesländern gewählt wird, hier im forum noch einiges an politik auf den tisch kommen wird. außerdem: wer macht das gewerberecht? richtig: die politik.</p>

Autor	Beitrag
<p>k.osdorf 06.06.2011 13:38</p>	<p>Die FDP Hamburg fordert den Senat auf, sich am Kieler Modell zu orientieren:</p> <p>http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article13414316/Gluecksspielvertrag-Keine-Blockade-Haltung.html</p> <p>Drei Gründe werden dafür angeführt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. wollen die 15 Ministerpräsidenten südlich von Kiel den Vertrieb im Bereich der Sportwetten durch private Anbieter massiv einschränken. Die Zahl der bundesweit dafür vergebenen Konzessionen wollen sie auf sieben begrenzen. Warum sieben? Warum nicht sechs, 16 oder 26 ? Eine Antwort darauf gibt es nicht, die Zahl ist völlig willkürlich gewählt, man könnte meinen: gewürfelt. So darf Politik Marktzugänge nicht blockieren. Schon gar nicht Hamburger Politik: In unserer Hansestadt gibt es traditionell so bedeutende wie seriöse Unternehmen der Branche. Darauf hat ein Hamburger Erster Bürgermeister Rücksicht zu nehmen, statt sinnentleerten Kompromissen zuzustimmen. 2. sieht der Entwurf der 15 Ministerpräsidenten Netzsperrern im Internet für illegale Sportwettenanbieter vor. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass dies ein untaugliches Mittel ist: Was in Sachen Kinderpornografie nicht funktioniert hat, wird erst recht beim Glücksspiel nicht klappen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat auf Druck der FDP die Aufhebung des Zugangerschwerungsgesetzes beschlossen. Es darf nicht sein, dass nun durch die Hintertür eines Staatsvertrages eine Zensurinfrastruktur eingeführt werden könnte. Ganz zu schweigen vom freiheitsfeindlichen Ansatz, das Grundrecht auf ein unbeschränktes Fernmeldegeheimnis einzuschränken. Kleingeistigkeit hilft hier nicht weiter, Realitätsverweigerung noch weniger. Anzeige 3. sollte Hamburgs Bürgermeister nicht nur freundliche, aber folgenlose Treffen mit seinem Kieler Amtskollegen in Quickborn abhalten, wie vor ein paar Tagen geschehen: Olaf Scholz muss erkennen, das angesichts der freiheitlich motivierten Haltung der schwarz-gelben Landesregierung die Wahrscheinlichkeit sehr hoch ist, dass Hamburger Glücksspielunternehmen in den südholsteinischen Speckgürtel abwandern, wenn der illiberale Vertragsentwurf der 15 anderen Bundesländer auch in der Hansestadt Gültigkeit erlangt. Das kann unmöglich Hamburger Interesse sein, darauf muss ein verantwortungsvoll agierender Bürgermeister reagieren.

In diesem Thema befinden sich folgende Anhänge: